



Pressemitteilung

Luxemburg, den 1. März 2018

Bessere Verknüpfung der erneuerbaren Energien mit den Strategien für den ländlichen Raum erforderlich, so das Fazit der EU-Prüfer

Die EU sollte einem neuen Bericht des Europäischen Rechnungshofs zufolge weitere Anstrengungen unternehmen, um die Synergien zwischen ihrer Politik im Bereich erneuerbare Energiequellen und den Strategien zur Entwicklung des ländlichen Raums zu nutzen. Die Prüfer untersuchten den Zusammenhang zwischen erneuerbaren Energien und der Entwicklung des ländlichen Raums. Sie gelangten zu dem Schluss, dass Synergiepotenziale bestehen, die jedoch bislang größtenteils ungenutzt bleiben.

Auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten gibt es verschiedene Finanzierungsprogramme, die Anreize für die Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien bieten, darunter auf EU-Ebene der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). Die Prüfer stellten jedoch fest, dass die Europäische Kommission keine umfassenden aktuellen Informationen zur finanziellen Unterstützung für erneuerbare Energien vorlegen konnte - weder in Bezug auf den Gesamtumfang noch in Bezug auf den ELER.

"Finanzmittel für die ländliche Entwicklung können dazu beitragen, die Zielvorgaben der EU und der Mitgliedstaaten im Bereich erneuerbare Energien zu erreichen. Erfolgt die Unterstützung der erneuerbaren Energien aber aus Mitteln für die Entwicklung des ländlichen Raums, so sollte den Regionen hieraus ein Nutzen erwachsen", so Samo Jereb, das für die Prüfung zuständige Mitglied des Europäischen Rechnungshofs. "Die Europäische Kommission hat hierzu keine ausreichenden Erläuterungen oder Anleitungen gegeben."

Die Prüfer besuchten fünf Mitgliedstaaten: Bulgarien, Frankreich (Basse-Normandie), Italien (Toskana), Litauen und Österreich. Sie stellten fest, dass die meisten der besuchten Mitgliedstaaten die Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums nicht dazu nutzten, die Priorität auf Erneuerbare-Energien-Projekte zu legen, die darüber hinaus das Potenzial hatten, zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums beizutragen. Zwar führten zahlreiche besuchte Projekte zu positiven wirtschaftlichen und ökologischen

Diese Pressemitteilung enthält die Hauptaussagen des Sonderberichts des Europäischen Rechnungshofs.

Bericht im Volltext unter www.eca.europa.eu.

ECA Press

Mark Rogerson – Sprecher

T: (+352) 4398 47063

M: (+352) 691 55 30 63

Damijan Fišer – Pressereferent

T: (+352) 4398 45410

M: (+352) 621 55 22 24

12, rue Alcide De Gasperi - L-1615 Luxembourg

E: press@eca.europa.eu

@EUAuditors

eca.europa.eu

Ergebnissen, doch finanzierten die Mitgliedstaaten auch Projekte, die den Projektträgern zwar einen wirtschaftlichen Nutzen boten, sich darüber hinaus aber kaum positiv auf den ländlichen Raum auswirkten.

Insgesamt könnte die Politik der EU im Bereich erneuerbare Energien noch konkretere Voraussetzungen dafür schaffen, dass erneuerbare Energien und die ländliche Entwicklung erfolgreich miteinander verknüpft werden. Den Prüfern zufolge könnte diese Situation durch den politischen Rahmen für erneuerbare Energien, der derzeit diskutiert wird, verbessert werden. Weder der derzeitige noch der vorgeschlagene Nachhaltigkeitsrahmen für Bioenergie bietet jedoch eine geeignete Grundlage dafür, die ländlichen Gebiete in ausreichender Weise vor den ökologischen und sozioökonomischen Risiken zu schützen oder das Potenzial für eine weitere nachhaltige Entwicklung umfassend auszuschöpfen.

Die Prüfer formulieren die folgenden Empfehlungen:

- Bei der Gestaltung ihrer künftigen Politik im Bereich erneuerbare Energien sollten die Kommission und die Mitgliedstaaten den Bedarf in ländlichen Gebieten berücksichtigen.
- Kommission, Europäisches Parlament und Rat sollten die künftige Politik für Bioenergie so gestalten, dass bessere Schutzmechanismen gegen die nicht nachhaltige Gewinnung von Biomasse für die Energieerzeugung vorgesehen sind.

Außerdem sollte die Kommission

- Zweck und Rolle der Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums für Investitionen in erneuerbare Energien präzisieren;
- von den Mitgliedstaaten verlangen, in ihren Durchführungsberichten 2019 sachgerechte Informationen zu den Programmergebnissen im Bereich erneuerbare Energien bereitzustellen;
- die Mitgliedstaaten dazu anhalten, nur längerfristig tragfähige Erneuerbare-Energien-Projekte mit einem klaren Nutzen für eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums zu unterstützen - insbesondere im Fall einer Förderung aus dem ELER.

Hinweise für den Herausgeber

Erneuerbare Energie ist Energie, die aus erneuerbaren, nichtfossilen, nach menschlichen Zeitmaßstäben unerschöpflichen Energieträgern gewonnen wird. Sowohl die Erzeugung als auch der Verbrauch von erneuerbaren Energien verzeichnet in der EU einen Anstieg. Dennoch sind weitere Anstrengungen erforderlich, damit die Zielvorgaben der EU für erneuerbare Energien - bis 2020 Erzeugung von 20 % des Endenergieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen und Steigerung dieses Anteils auf mindestens 27 % bis 2030 - erreicht werden können. Der Ausbau erneuerbarer Energien ist von grundlegender Bedeutung dafür, dass die EU ihre Treibhausgasemissionen so weit senken kann, dass sie ihre Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaschutzübereinkommen von 2015 erfüllt.

Laut einer Studie des Energieberatungsunternehmens Ecofys wurde die Energiewirtschaft in der EU im Jahr 2012 mit öffentlichen Geldern in Höhe von 99 Milliarden € unterstützt, die hauptsächlich aus den nationalen Haushalten gezahlt wurden. Davon waren 40 Milliarden € für erneuerbare Energien bestimmt.

Die Kommission legte ihren Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen im November 2016 vor. Der Rat erzielte Einigung in Bezug auf einen allgemeinen Ansatz, und das Europäische Parlament nahm die Änderungen im Januar 2018 an. Außerdem hat der Rat seinen Standpunkt für die erste Trilog-Sitzung erarbeitet.

Der Sonderbericht Nr. 5/2018 "Erneuerbare Energien für eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums: beträchtliche, aber größtenteils ungenutzte Synergiepotenziale" ist in 23 EU-Sprachen auf der Website des Hofes (eca.europa.eu) abrufbar.